AKTIV.IST.IN

FRAUENRECHTE SIND MENSCHENRECHTE

NETZWERK FRAUENRECHTE

AMNESTY-INFO 2 / JUNI 2020

INDIGENE FRAUEN

Aktivistinnen trotzen allen Widrigkeiten

COVID-19

Gefahr für die reproduktive Gesundheit

SETZ DICH EIN

für saudische Aktivistinnen
für iranische Gefangene

NETZWERK FRAUENRECHTE
AMNESTY INTERNATIONAL

AKTIV.IST.IN NR. 154
AMNESTY-NETZWERK
FRAUENRECHTE
JUNI 2020

NETZWERK FRAUENRECHTE
AMNESTY INTERNATIONAL

WEB
frauenrechte.amnesty.at

E-MAIL
frauenrechte@amnesty.at

FACEBOOK
@amnestynetzwerkfrauenrechte

TWITTER
@AIFrauenrechte

SPENDENKONTO
BIC: GIBAATWWXXX
IBAN: AT14 2011 1000 0031 6326
lautend auf
AMNESTY INTERNATIONAL
ÖSTERREICH
Verwendungszweck:
NETZWERK FRAUENRECHTE

Spenden an Amnesty sind steuerlich absetzbar.

Liebe Unterstützer*innen! Liebe Amnesty-Freund*innen!

Mein Name ist Flora Bachmann, und ich darf mich als frisch gebackene Sprecherin des Netzwerks Frauenrechte an euch wenden. Mit dem Aktivismus im Netzwerk habe ich vor ein paar Jahren begonnen. Mein Ziel war und ist es, Frauen* weltweit zu unterstützen, die sich für ihre Rechte einsetzen und aufgrund dessen eingeschüchtert oder inhaftiert werden. Bei Amnesty International bin ich Teil einer weltweiten Community, die gemeinsam aktiv wird, aus der man in schlechten Zeiten Motivation schöpfen kann, zusammen Erfolge feiert und bei Niederlagen lernt wieder aufzustehen.
Die letzten Wochen haben gezeigt, wie wichtig Frauen* für die Gesellschaft sind und wie unterbewertet ihre Arbeit auch heute noch ist. Zudem reduzieren viele Regierungen die Ressourcen im Gesundheitssektor und schränken so die sexuelle und reproduktive Gesundheit enorm ein. Deshalb ist es wichtig aktiv und laut zu bleiben.
Auch wenn es herausfordernd ist, jetzt Aktivist*in zu sein, sind wir motiviert, uns für Frauen* weltweit stark zu machen. Aktivismus klingt groß, hat jedoch ganz verschiedene (auch kleine) Formen. Es gibt einerseits Aktivist*innen, die aufstehen, laut werden und auf die Straße gehen: In dieser Ausgabe erfährst du mehr über Aktivistinnen aus Saudi-Arabien, die sich für ihre Rechte eingesetzt haben und nun seit zwei Jahren inhaftiert sind. Linda erzählt uns von indigenen Menschenrechtsverteidigerinnen, die zusätzlich zur Mehrfachdiskriminierung mit den Bedrohungen aufgrund ihres Aktivismus zu kämpfen haben. Wir berichten über die Protestbewegung in Argentinien, die für eine Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs kämpft und trotz Niederlagen nicht aufgibt. Und darüber wie ein Protestsong aus Chile mehrere Kontinente erobert.
Andererseits gibt es Aktivist*innen, die im Hintergrund aktiv sind und z.B. Briefe schreiben. So hat Amnesty International gestartet. 1961 wurde der erste Appellbrief verfasst und die Organisation gegründet. Amnesty Österreich wurde heuer 50. Bis heute ist das ein Teil unseres Aktivismus. Werdet auch Ihr heute zu Aktivist*innen und unterschreibt die Briefe im Anhang.
Ich bedanke mich für Eure Unterstützung und wünsche alles Gute.

Flora Bachmann, für das Amnesty-Netzwerk Frauenrechte

**IN EIGENER SACHE: Wegen einer Datenpanne erhielten einige Leser*innen unserer AKTIVISTIN die letzte Ausgabe nicht. Wir entschuldigen uns dafür.
Das Märzheft kann per Mail an frauenrechte@amnesty.at angefordert werden.**

INHALT

3 SAUDI-ARABIEN Seit zwei Jahren in Haft
4 COVID-19 Wie Frauen unter der globalen Gesundheitskrise leiden
5 MUTTERNACHT Pandemie gefährdet das Leben von Müttern und Kindern
6 PHILIPPINEN Berührender Brief von Leila de Lima
8 INDIGENE FRAUEN Menschenrechtsaktivistinnen trotzen allen Widrigkeiten
11 SETZ DICH EIN! Gerechtigkeit für Prudence/Benin. Freiheit für iranische Gefangene
12 ARGENTINIEN Grüne Welle der Proteste
14 CHILE Neue Frauenhymne „Der Vergewaltiger bist du“
16 SCHREIBWETTBEWERB #Girlpower. Hoch lebe der Feminismus
18 50 JAHRE Amnesty Österreich. Ein Rückblick
22 DIES&DAS Kurzmeldungen
23 APPELLBRIEFE Bitte absenden!
31 FLUCHT Geflüchteten droht der Hungertod
32 ERFOLGE Impressum

© Amnesty International

SAUDI-ARABIEN

SEIT ZWEI JAHREN IM GEFÄNGNIS

Die bekannten Frauenrechtsaktivistinnen Loujain al-Hathloul, Samar Badawi und Nassima al-Sada setzen sich seit Jahren für mehr Rechte für Frauen in Saudi-Arabien ein. Seit bald zwei Jahren befinden sie sich deshalb unter unmenschlichen Bedingungen im Gefängnis. In einem weltweiten Appell fordert Amnesty International den saudischen König Salman bin Abdulaziz von Saudi-Arabien auf, mehrere namhafte Frauenrechtsaktivistinnen, die vor zwei Jahren verhaftet wurden, sofort und bedingungslos freizulassen. Tausende Menschen haben sich dem Appell bereits angeschlossen.
Obwohl die Behörden in Saudi-Arabien intensiv versuchen, sich in einem frischen und reformfreundlichen Licht zu zeigen, werden kritische Stimmen wie die der inhaftierten Frauenrechtsaktivistinnen systematisch zum Schweigen gebracht. Gerichte wie das Sonderstrafgericht (Specialized Criminal Court – SCC) werden von der Regierung gezielt als Repressionsinstrument eingesetzt.

FESTNAHMEN IM FRÜHJAHR 2018. Loujain al-Hathloul, Iman al-Nafja, Aziza al-Yousef, Amal al-Harbi, Dr. Ruqayyah al-Mharib, Nouf Abdulaziz, Maya'a al-Zahrani, Shadan al-Anezi, Dr. Abir Namankni, Dr. Hatoon al-Fassi und eine weitere Frau gehören zu einer Gruppe von saudischen Aktivistinnen, die seit Mai 2018 im Zuge einer Verhaftungswelle festgenommen wurden. Viele der angeklagten Aktivistinnen haben sich für die Aufhebung des in Saudi-Arabien geltenden Fahrverbots für Frauen eingesetzt. Am 13. März 2019 wurden mehrere von ihnen angeklagt, Kontakt zu internationalen Organisationen wie Amnesty International sowie zu ausländischen Medien und anderen Aktivist*innen aufgenommen zu haben.
Bis zu dieser ersten Anhörung am 13. März befanden sich die Frauen ohne Anklage in Haft. In den ersten drei Monaten waren sie ohne Kontakt zur Außenwelt inhaftiert, ohne Zugang zu ihren Familien oder Rechtsbeiständen.

FOLTER UND GEWALT. Mehrere Frauen wurden gefoltert, sexualisierter Gewalt ausgesetzt und in anderer Weise misshandelt. Sieben der Frauen wurden schließlich auf Kaution entlassen, die Anklagen bleiben jedoch aufrecht.
Die Verhaftungswelle vom Mai 2018 ist bezeichnend für ein anhaltendes scharfes Vorgehen gegen Menschenrechtsverteidiger*innen in Saudi-Arabien und die andauernde Einschränkung der Rechte auf Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit.
Seit Anfang 2018 sind mehrere Menschenrechtler*innen vor das Sonderstrafgericht SCC gestellt und gemäß des Antiterrorgesetzes, den folgenden Dekreten und dem Gesetz gegen Internetkriminalität zu langen Haftstrafen sowie Reiseverboten und Verboten ihrer Aktivitäten in den Sozialen Medien verurteilt worden.
Am 14. März 2019 verabschiedete der UN-Menschenrechtsrat aufgrund der Ergebnisse der Regelmäßigen Universellen Überprüfung von Saudi-Arabien die Einrichtung einer Stelle, um die Menschenrechtslage im Land zu untersuchen. Trotz Reformversprechen sind Frauenrechtlerinnen weiterhin inhaftiert.

SETZ DICH EIN!
Bitte schick den Appellbrief möglichst bald ab.

WIE FRAUEN UNTER DER GLOBALEN GESUNDHEITSKRISE LEIDEN

Die COVID-19-Pandemie bringt Gesundheitssysteme weltweit an ihre Grenzen. Dies macht es für viele Frauen noch schwerer, Zugang zu sicheren Geburten, Schwangerschaftsabbrüchen und Verhütungsmitteln zu erhalten.

Eine Gesundheitskrise dieses Ausmaßes stellt Regierungen vor die schwierige Entscheidung, an welcher Stelle sie die begrenzten Gesundheitsressourcen einsetzen sollen. In einigen Ländern, darunter Nepal und Südafrika, waren Institutionen, die Schwangerschaftsabbrüche und Verhütungsmittel anbieten, gezwungen, ihre Leistungen einzuschränken oder auszusetzen.
Doch selbst dort, wo diese Leistungen weiter verfügbar bleiben, sorgen Reisebeschränkungen, Maßnahmen, die das Einhalten eines Sicherheitsabstands erforderlich machen, sowie der Verlust von Arbeitsplätzen und Arzneimittelknappheit für neue Zugangsbarrieren.

SIMBABWE. Viele Familien sind mit zunehmender Armut konfrontiert, da sie während der Ausgangssperre nicht arbeiten können. Vielen schwangere Frauen und Mädchen wird es nicht möglich sein, die Kosten für den Transport zu Gesundheitseinrichtungen aufzubringen, um entbinden zu können. Wer keine Unterstützung erhält, hat keine andere Wahl als eine Hausgeburt mit ungelernten Geburtshelfer*innen, wodurch eine Entbindung unter unhygienischen Bedingungen riskiert wird. Einige Krankenschwestern berichten, dass die Zahl der Frauen, die in Entbindungsheime, Kliniken oder Krankenhäuser gehen, um dort auf eine sichere Entbindung zu warten, zurückgegangen ist. Dennoch haben schwangere Frauen ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck gebracht, dass es während des Lockdowns schwierig ist, einen Transport zu bekommen. Auch die Angst vor Polizeibrutalität ist groß. Hausgeburten mit unqualifizierter Betreuung setzen Frauen und Mädchen dem Risiko mütterlicher Sterblichkeit und Morbidität aus und können verheerende Folgen für das Baby haben, einschließlich des Risikos einer HIV-Übertragung von Mutter zu Kind.

In Simbabwe können immer weniger Frauen zur Entbindung ein Krankenhaus aufsuchen.

© Amnesty International

EUROPA. Viele Frauen und Mädchen in Europa kämpfen derzeit um den sicheren Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen. In einem kürzlich veröffentlichten offenen Brief fordert Amnesty International gemeinsam mit dutzenden anderen Organisationen europäische Regierungen auf, dringend zu handeln: Alle medizinisch unnötigen Anforderungen müssen beseitigt werden, ebenso unnötige Bürokratie, die die Entscheidungsfreiheit von Schwangeren einschränkt.
Regierungen müssen Schwangerschaftsabbrüche als wesentliche Gesundheitsfürsorge anerkennen und Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass Frauen und Mädchen auch während der COVID-19-Pandemie dazu Zugang haben. Diese Forderung kam zu einem Zeitpunkt, an dem das polnische Parlament eine Debatte über ein neues Gesetz führte, das eines der restriktivsten Abtreibungsgesetze in Europa nochmals deutlich verschärfen könnte.
Regelungen von Schwangerschaftsabbrüchen betreffen das Menschenrecht auf sexuelle und reproduktive Gesundheit und im Besonderen das Recht auf reproduktive Selbstbestimmung. Dafür müssen Schwangere Zugang zu leistbaren und sicheren medizinischen Diensten für Schwangerschaftsabbrüche haben.

PANDEMIE GEFÄHRDET DAS LEBEN VON MÜTTERN UND KINDERN

Jährlich sterben etwa 300.000 Frauen und Mädchen bei Komplikationen während Schwangerschaft und Geburt. 99% dieser Todesfälle geschehen in Ländern des Globalen Südens. Jetzt ist die reproduktive Gesundheit besonders bedroht.

In einem Pressegespräch der österreichischen Initiative „Mutternacht“ informierten im Mai österreichische und internationale Expertinnen über die gravierenden Auswirkungen von COVID19 auf die Gesundheit von Frauen, Schwangeren und Müttern, Kindersterblichkeit, den Zugang zu Verhütungsmitteln sowie auf die begrenzten Möglichkeiten eines Schwangerschaftsabbruchs.
Jeden Tag sterben über 800 Frauen an Komplikationen bei Schwangerschaft und Geburt. Die allermeisten Todesfälle geschehen in Ländern des Globalen Südens, sagt Petra Bayr, Gründerin der Mutternacht und Nationalratsabgeordnete: „Durch die Corona-Krise haben weniger Frauen Zugang zu Verhütungsmitteln, medizinischer Versorgung und einem sicheren Schwangerschaftsabbruch. Das wird vielen das Leben kosten. Wir fordern die Regierung auf, Nothilfe zu leisten und bei dieser besonders auf Frauen und Mädchen zu achten.“

PANDEMIE VERSCHÄRFT UNGLEICHHEIT. Wie schwer COVID-19 Frauen und Mädchen in ärmeren Ländern trifft und bereits bestehende Ungleichheiten weiter verschärft, sowie den Zugang zur Gesundheitsversorgung drastisch verschlechtert, zeigt Nadine Krysostan, Programme Coordination and Liaison Specialist des UNFPA Büros in Brüssel, auf: „Die reproduktive Gesundheit und Rechte von Frauen und Mädchen müssen um jeden Preis geschützt werden. Sie brauchen auch in Krisenzeiten Zugang zu Informationen, Verhütung und Beratung, um sich vor ungewollten Schwangerschaften oder geschlechtsspezifischer Gewalt schützen zu können.“
Barbara Maier, Präsidentin der Österreichischen Gesellschaft für Familienplanung und Vorständin der Abteilung für Gynäkologie und Geburtshilfe im Wilhelminenspital, verweist auf die spezielle Situation in Österreich, wenn es um Schwangerschaftsabbrüche geht und fordert die Aufhebung der Beschränkung der Abgabe von Mifepriston (Mifegyne®) ausschließlich in Krankenanstalten: „Gerade weil in Österreich nur wenige Kliniken Abbrüche durchführen und obendrein in Zeiten von Corona der Zugang zu diesen nochmals erschwert ist, ist der medikamentöse Abbruch eine Alternative. Auch in Krisenzeiten müssen Grundrechte, wie das Recht auf Gesundheit und körperliche Selbstbestimmung, gewährleistet sein.“

KAUM NOCH MEDIKAMENTE. Salam Kanaan, CARE-Länderdirektorin in Westbank/Gaza, beschreibt die dramatische Lage vor Ort. Fast zwei Monate lang waren primäre Gesundheitseinrichtungen geschlossen, kürzlich wurden sie wieder geöffnet. „Wesentliche Medikamente und Ressourcen für die Gesundheit von Müttern und Kindern sind fast oder bereits vollständig erschöpft, insbesondere in Gaza. Beratungen und Services zur Familienplanung wurden heruntergefahren, Routineuntersuchungen von Schwangeren vor und nach der Geburt wurden eingestellt. Routinemammographien wurden gestoppt.“ CARE unterstützt daher Alleinerzieherinnen, Schwangere und Kranke mit CARE-Paketen.

Mehr zur Plattform Mutternacht auf mutternacht.at

Im Westjordanland und im Gazastreifen leiden Schwangere und Mütter besonders unter der fehlenden Gesundheitsversorgung.

© CARE

© privat

LEILA DE LIMA

LEBEN RETTEN UND MENSCHENRECHTE SCHÜTZEN

Die philippinische Senatorin Leila de Lima sitzt seit 2017 im Gefängnis, weil sie Dutertes blutigen „Kampf gegen Drogen“ kritisiert.

EIN BERÜHRENDER BRIEF VON LEILA DE LIMA ZU COVID-19 UND DEN MENSCHENRECHTEN AUF DEN PHILIPPINEN, MAI 2020.

Ich frage andere immer wieder, wie es ihnen jetzt geht, und gleichzeitig fällt es mir schwer, diese Frage selbst zu beantworten. Für viele endete ihr Leben, wie sie es kannten, mit dem Beginn des Lockdowns.

Durch die Coronavirus-Pandemie sind die Straßen menschenleer, während die Krankenhäuser nach wie vor mit Kranken und Sterbenden überfüllt sind. Es könnte 12 bis 18 Monate dauern, bis ein Impfstoff für die breite Öffentlichkeit verfügbar sein wird. Bis dahin sind die Menschen gezwungen, in ihren Häusern zu bleiben. Sie fürchten die Ungewissheit.

Für mich persönlich ist die anhaltende unrechtmäßige Inhaftierung innerhalb des nationalen Polizeipräsidiums seit über drei Jahren meine neue Normalität. Ich sehe zwar, dass diese Pandemie das Leben auf schmerzhafte und hoffnungsvolle Weise verändert. Doch ich bin auf die Berichte meiner Mitarbeiter angewiesen, um zu verstehen, was außerhalb der hohen Mauern und des Stacheldrahts um mich herum geschieht.

Doch mit Anbruch der Woche 7 des Lockdowns auf den Philippinen sind die täglichen Berichte, die ich früher von 8.00 bis 17.00 Uhr erhielt, inzwischen seltener geworden, und kommen nur noch morgens; und in letzter Zeit hatte ich keinen direkten Kontakt mehr zu meinen Mitarbeiter*innen. Obwohl ich mitten in dieser Krise von der kollektiven Erfahrung der Menschheit abgeschnitten bin, bin ich nicht immun gegen die Not der Leidenden. Schon früh habe ich zu Massentests aufgerufen – und zur frühzeitigen Freilassung von inhaftierten Personen, die keine Gefahr für die Gesellschaft darstellen, insbesondere von kranken oder alten Menschen. Ich habe zum Schutz von Gesundheitspersonal, Menschenrechtsverteidiger*innen und anderen gefährdeten Gruppen aufgerufen. Erst kürzlich habe ich angesichts der Berichte über Gewalt bei der Durchsetzung der Lockdown-Bestimmungen bessere und klarere Einsatzregeln gefordert.

ICH FORDERE weiterhin reaktionsfähigere und wirksamere Wohlfahrts- und Sozialschutzprogramme, die nicht nur die arme städtische Bevölkerung, sondern auch die Menschen in Landwirtschaft und Fischerei, die zurückkehrenden philippinischen Überseearbeiter*innen und andere entrechtete Gruppen von Arbeiter*innen berücksichtigen müssen. Es braucht außerdem eine vollständige Rechenschaftslegung darüber, wie öffentliche Gelder für diese Bemühungen verwendet werden.

Angesichts der verschärften Quarantäne in Metro Manila und anderen Hochrisikogebieten, die ein zweites Mal verlängert wurde, bemühen sich meine Kolleg*innen im Senat nun darum, die Regeln des Senats dahingehend zu ändern, dass Anhörungen von Ausschüssen und Plenarsitzungen per Telefonkonferenz möglich sind.

Bereits im vergangenen Jahr wurde Berufung eingelegt, um mir die Teilnahme an Gesetzgebungsverfahren über das Internet zu ermöglichen. Dennoch blieb ich ausgeschlossen, möglicherweise aus demselben Grund, aus dem ich trotz meiner Unschuld an den, gegen

„Wir müssen mehr tun, als nur zu überleben. Wir müssen positiver und mitfühlender handeln, und zwar immer solidarisch mit denen, die im Leben am wenigsten haben."

Leila de Lima

mich erhobenen grundlosen Vorwürfen, eingesperrt bleibe – weil ich mich weigere, damit aufzuhören, die Mächtigen mit der Wahrheit zu belästigen.

ICH WURDE VERLEUMDET UND POLITISCH VERFOLGT, weil ich forderte, die außergerichtlichen Tötungen von Menschen unter dem Vorwand eines Krieges gegen Drogen zu beenden. Schätzungen gehen von mehr als 20.000 Ermordeten aus – Eltern, Geschwister, Ehemänner und Ehefrauen, die auf bloße Statistiken reduziert wurden, während die getöteten Kinder von demselben Präsidenten, der mich wegen der Verteidigung der Menschenrechte ins Gefängnis brachte, kaltblütig als „Kollateralschaden" bezeichnet wurden.
Völlig irrsinnig in der Annahme, dass es an ihm liegt, zu entscheiden, wer leben und wer sterben muss, sagte Duterte auch, dass er nicht zögern werde, seinen Vollstreckern zu befehlen, diejenigen zu erschießen, die die Quarantäne-Bestimmungen verletzen – Bestimmungen, die einmal mehr die Armen kriminalisieren, die es sich nicht leisten können, in ihren beengten Häusern zu bleiben, weil sonst ihre Familien hungern müssten.
Die damalige Gleichgültigkeit der Menschen gegenüber den außergerichtlichen Tötungen schuf eine Kultur der Straflosigkeit, die in der Zeit dieser Pandemie ihr hässliches Haupt erhoben hat. Während früher vor allem die Armen das Ziel von Dutertes Drogenkrieg waren, wurden diesmal sogar diejenigen, die in wohlhabenden und abgeschotteten Gemeinden leben, bei der Durchsetzung des Lockdowns seiner repressiven Politik und Rechtsverletzungen ausgesetzt.
Das Coronavirus befällt uns alle in gleicher Weise unterschiedslos. Es ist ein unsichtbarer und tödlicher Feind, dessen einziges Ziel es ist, zu überleben, indem er genügend Menschen infiziert, unabhängig von ihren politischen Ansichten oder ihrem sozioökonomischen Hintergrund.
Die langsame Verteilung von Notfallsubventionen und die ineffiziente Verwendung öffentlicher Mittel in meinem Land werden durch die anhaltenden Versäumnisse, soziale Gerechtigkeit zu wahren und Menschenrechte als universelle Rechte anzuerkennen, noch verschlimmert.
So viele Todesfälle hätten verhindert werden können, wenn auf Dr. Li Wenliang gehört worden wäre, statt ihn polizeilich zu überwachen. Im Dezember 2019 schlug er wegen der sich stillschweigend ausbreitenden Krankheit in Wuhan, China, Alarm. Einen Monat nachdem er an genau der Krankheit gestorben war, vor der er die Welt zu warnen versuchte, wurde die Coronavirus-Gesundheitskrise zur Pandemie erklärt.
Die herzzerreißende Übung, sich den massiven Verlust an Menschenleben durch die Pandemie vorzustellen, fühlt sich allzu vertraut an. Aber inmitten der Verzweiflung gibt es immer Hoffnung.
Taiwan, Neuseeland, Südkorea, Deutschland, Vietnam, Island, Singapur und Dänemark – deren führende Politiker*innen ihre Entscheidungen auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse getroffen haben oder deren Institutionen sich durch Transparenz und Informationsfreiheit auszeichnen – zeigen uns wirksame Wege auf, wie wir reagieren und uns erholen können.

DIESE PANDEMIE IST EINE FEUERPROBE der Menschheit. Wir werden nur dann Erfolg haben, wenn wir uns für die Rettung von Leben und den Schutz der Menschenrechte einsetzen. Andernfalls werden wir erneut in eine Katastrophe wie diejenige geraten, die wir jetzt zu überwinden versuchen.

SETZ DICH EIN!
Bitte schick den Appellbrief möglichst bald ab.

© Mariana Freitas

IN GEFAHR

INDIGENE FRAUEN: TROTZ BEDROHUNG STARK

Obwohl mehrfach diskriminiert und eingeschüchtert trotzen viele indigene Menschenrechtsverteidigerinnen allen Widrigkeiten.

Von Linda Fiene, Referentin bei der Gesellschaft für bedrohte Völker Deutschland (GfbV)

Sich für Menschenrechte einzusetzen – das reicht in vielen Regionen der Welt schon aus, um in Gefahr zu geraten. Während sich engagierte Frauen zusätzlich geschlechtsspezifischen Bedrohungen gegenübersehen, sind indigene Frauen besonders gefährdet. Dennoch gibt es viele indigene Aktivistinnen, die allen Widrigkeiten trotzen und sich aktiv und laut für ihre Rechte einsetzen. Menschenrechtsorganisationen dokumentieren, dass Angriffe auf Menschenrechtsverteidiger*innen in den letzten Jahren weltweit kontinuierlich zunehmen. Repressiven oder diktatorischen Regimen sind sie oft ein Dorn im Auge, da sie für Freiheit, Gleichheit oder Demokratie einstehen. Daneben üben Unternehmen oder nicht-staatliche Akteure wie Milizen Druck auf Menschenrechtsaktivist*innen aus, wenn diese ihre wirtschaftlichen Interessen als umweltschädlich oder menschenrechtsfeindlich enttarnen. Zu den Einschüchterungsstrategien gehören unter anderem Drohungen und Kriminalisierung, aber auch Gewalt, Folter und Mord. Aufgrund der vorherrschenden Ungleichheit und (Mehrfach-)diskriminierung sind manche Gruppen von Menschenrechtsverteidigerinnen besonders bedroht.

SPRENGEN IHRE ZUGETEILTEN ROLLENBILDER. Der Kontext, in dem Frauen sich als Menschenrechtsverteidigerinnen stark machen, ist in vielen Gesellschaften weltweit noch immer geprägt von traditionellen Geschlechterrollen und sozialen Vorstellungen, wie Frauen auszusehen und sich zu verhalten haben. Es ist gefährlich, wenn Regierungschefs oder Führungspersonen frauenfeindliche, sexistische Sprache verwenden, denn sie macht Diskriminierung und Gewalt salonfähig. Ein Beispiel ist Brasiliens Präsident Jair Bolsonaro: Er bezeichnet Frauen als minderwertig, darunter seine eigene Tochter und befürwortet schlechtere Bezahlung für Frauen. Nebenbei spricht er sich für Folter aus und zeigt offen seinen Rassismus gegenüber der indigenen und afrobrasilianischen Bevölkerung. Auch der US-amerikanische Präsident Donald Trump beleidigt offen Journalistinnen oder Politikerinnen und findet sexuelle Belästigung „okay“.
Frauen, die sich politisch engagieren und lautstark für sozialen Wandel einsetzen, werden daher als „störend“ angesehen. Den Privilegierten wäre es lieber, wenn sie „auf ihrem Platz“ und somit still blieben.

AKTIVISTINNEN BRECHEN TABUS, wenn sie über Vergewaltigungen oder sexualisierte Gewalt sprechen. Sie bekommen den Zorn von Fundamentalist*innen und Konservativen zu spüren, wenn sie sich beispielsweise für Abtreibung einsetzen.
Wie sehen geschlechtsspezifische Bedrohungen aus? Zu den Gefahren zählen verbale und physische Gewalt, besonders auch se-

Indigener Frauenmarsch in Brasilien

Zusammen stark: In Brasilien, einem Land, in dem der Präsident offen sexistische und rassistische Parolen verbreitet, schlossen sich indigene Frauen zusammen, um gemeinsam Widerstand zu leisten. Am 14. August 2019 kamen beim indigenen Frauenmarsch über 2.000 Frauen aus dem ganzen Land zusammen, um für indigenen Rechte und gegen die Abholzung des Amazonas zu protestieren

© Eliane Fernandes/GfbV 2019

xualisierte Gewalt (z.B. sexuelle Belästigung und Vergewaltigung), bis hin zu Folter und Mord. Aber auch bloße Gerüchte, beispielsweise über eine Vergewaltigung, können bereits weitreichende Folgen haben und zu Stigmatisierung und Ausgrenzung führen. Menschenrechtsverteidigerinnen sind aufgrund der Rollenbilder vermehrt Schikanierungen oder Schmutzkampagnen ausgesetzt. Damit sollen sie diskreditiert und isoliert werden. Beschimpfungen und Anschuldigungen wie „Terroristinnen“ oder „Verräterinnen“ sind nur zwei Beispiele. Zum einen richten sich Attacken gegen das, was Frauen tun, zum anderen aber auch gegen das, was sie angeblich sind, wie „schlechte Mütter/Ehefrauen“, „verrückt“ oder „unmoralisch“. Damit wird nicht nur ihre Arbeit, sondern auch ihr Charakter, ihr Körper oder Familienstand zur Zielscheibe für sexistische und frauenfeindliche Sprache. Auch online sind Menschenrechtsaktivistinnen Drohungen, Hasskommentaren oder sonstigen Belästigungen ausgesetzt.

ONLINE UND REAL BEDROHT. Mobilisierungen gegen die Aktivistin oder Aufrufe zur Gewalt können dann in die offline-Welt überlaufen. Gegner*innen machen auch vor Familienmitgliedern der Frauen nicht halt, auch sie werden bedroht oder angegriffen. Daneben kommen Online-Stalking, Hacking von E-Mail-Konten oder andere Überwachungsformen gegen Menschenrechtsverteidigerinnen zum Einsatz.
Zusätzlich kann es vorkommen, dass aus eigenen Reihen Druck auf sie ausgeübt wird, ihren Aktivismus niederzulegen. Durch Diskriminierung und patriarchale Strukturen in den eigenen Familien sind Frauen ungleich mehr häuslicher Gewalt und wirtschaftlicher Abhängigkeit ausgesetzt. Besonders in ländlichen Gebieten haben Frauen weniger Möglichkeit für Nebenerwerbstätigkeit, die sie von ihren Familien und Ehemännern finanziell unabhängig machen könnte.
Staaten bleiben dabei oft untätig oder unwillig, Aktivistinnen zu schützen. Einerseits kann die Regierung selbst aktive Frauen einschüchtern oder sie unrechtmäßig festnehmen und einsperren. Andererseits kann der Staat es unterlassen, diejenigen zur Rechenschaft zu ziehen und juristisch zu verfolgen, die Aktivistinnen bedrohen oder ihnen Gewalt antun. Diese Straflosigkeit sendet das Signal,

© Goldman Environmental Prize

Berta Cáceres in Honduras

Die Ermordung von Berta Cáceres steht exemplarisch für die vielen Femizide (Frauenmorde) an indigenen Aktivistinnen. In Honduras setzte sich die Aktivistin mutig für die Rechte ihrer indigenen Gemeinschaft ein, als der Bau eines Staudamms an dem Fluss Gualcarque geplant wurde. Der Fluss ist für die indigenen Lenca heilig. Die Aktivistin galt als die bedeutendste Kritikerin des Projektes. Ihre weltweite Popularität und ihr offizieller Schutzstatus halfen ihr jedoch nicht. Nachdem sie zahlreiche Morddrohungen erhalten hatte, wurde sie am 2. März 2016 nachts in ihrem Haus brutal ermordet. Der Verdacht lag nahe, dass die Baufirma dafür verantwortlich sein könnte, doch die Ermittlungen wurden von den Behörden verschleppt. Erst später, auf Drängen der Familie und des internationalen Drucks, kam es zur Aufarbeitung des Falls und zu Verurteilungen. Aktuell wächst die Befürchtung, dass die honduranischen Behörden die Corona-Pandemie nutzen könnten, um zwei der verurteilten Männer freizulassen.

© Amnesty International (Artwork: Alexandra Ponomareva)

Sarah Zungu in Namibia

Sarah Zungu ist eine indigene Anführerin der San in Namibia. Aufgrund ihres Einsatzes für indigene Landrechte und den Schutz der traditionellen Lebensweise und der Umwelt wurde sie oft eingeschüchtert. Behörden sehen sie, die indigene Frau vom Land, als „unterlegen" an. Daher sieht sie sich Mehrfachdiskriminierung gegenüber und fühlt sich nicht sicher. Doch durch die kollektive Art ihrer Arbeit im Dienst ihrer Gemeinschaft findet sie immer wieder neue Kraft.

dass es gesellschaftlich akzeptiert ist, Frauen zu beleidigen, anzugreifen oder zu ermorden.

INDIGENE MENSCHENRECHTSVERTEIDIGERINNEN BEWEISEN MUT. Indigene Frauen, die sich für Umwelt- und Menschenrechte einsetzen, haben nicht nur mit patriarchalen Strukturen zu kämpfen, sondern ebenso mit Rassismus und „weißen" (bzw. nicht-indigenen) Privilegien. Indigene Gruppen sind fast überall wirtschaftlich und sozial marginalisiert und strukturell diskriminiert, beispielsweise beim Zugang zu öffentlichen und politischen Positionen. Oftmals haben Staat, Unternehmen oder andere Akteure wirtschaftliche Interessen an indigenem Land: Planen sie beispielsweise folgenreiche Großprojekte oder die Ausbeutung von Rohstoffen, ist der Einsatz zum Schutz von indigenen Rechten diesen Akteuren ein Dorn im Auge. In diesem Kontext werden indigene Aktivistinnen als „einfache" Ziele für Attacken gesehen. Sie gelten als „schwach" und „vulnerabel" – auch weil der Staat kein Interesse daran hat, sie zu schützen.
Dennoch nehmen viele indigene Frauen die Risiken auf sich und machen sich stark für indigene Rechte und die Umwelt. Sie sind bedeutende Akteurinnen im Kampf gegen Diskriminierung und im Einsatz für sozialen Wandel. Immer häufiger studieren junge indigene Frauen, übernehmen wichtige politische und gesellschaftliche Positionen und vernetzen sich international. Damit überwinden sie alte, stereotype Rollenbilder und schaffen sich einen neuen Platz in der Gesellschaft.

© GfbV-Archiv

Yana Tannagasheva aus Sibirien

Die Schorin Yana Tannagasheva kämpfte im russischen Sibirien für die Rechte ihres Volkes. Sie protestierte friedlich gegen die Zerstörung ihrer Region durch Kohleförderung. Wegen ihres Aktivismus verlor sie ihre Arbeit als Lehrerin. Außerdem erhielt sie Morddrohungen, die auch gegen ihre Familie gerichtet waren. Auf das Haus ihres Vaters wurde ein Brandanschlag verübt. Die Bedrohungen wurden so gefährlich, dass sie ins Exil flüchten musste. (Foto: GfbV-Archiv)

DIE GESELLSCHAFT FÜR BEDROHTE VÖLKER

*Als unabhängige Menschenrechtsorganisation engagiert sich die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV, deutsche Sektion) für die Rechte von ethnischen und religiösen Minderheiten sowie von indigenen Völkern. In Zusammenarbeit mit indigenen Aktivist*innen und Gemeinschaften macht die GfbV öffentlich auf Bedrohungen aufmerksam. Auf deutscher, europäischer und internationaler Ebene setzt sie sich für ihren Schutz ein. Mehr Infos unter www.gfbv.de.*

Weitere Infos im Amnesty-Report: CHALLENGING POWER, FIGHTING DISCRIMINATION: https://www.amnesty.org/en/documents/act30/1139/2019/en/

BENIN

VON DER POLIZEI ERSCHOSSEN

© Privat

Prudence Amoussou starb am 2. Mai 2019 an den Folgen von Polizeigewalt. Die Angehörigen warten bis heute auf Gerechtigkeit.

Die 37-jährige siebenfache Mutter Prudence Amoussou wurde am 1. Mai 2019 in Cotonou bei einer Demonstration angeschossen. Die Polizei setzte scharfe Munition gegen Personen ein, die nach den umstrittenen Parlamentswahlen aus Protest auf die Straße gingen. Tags darauf starb Prudence Amoussou im Krankenhaus an ihren Verletzungen. Ihre Familie wurde nicht zu ihrem Leichnam vorgelassen. Am 6. August 2019 kontaktierten die Krankenhausbehörden die Familienangehörigen von Prudence Amoussou und forderten sie auf, den Leichnam innerhalb von zehn Tagen im Leichenhaus abzuholen. Sie händigten der Familie eine Sterbeurkunde aus, die besagte, Prudence Amoussou sei infolge einer Krankheit gestorben.
Ihre Angehörigen fordern eine Untersuchung des Falls sowie eine Autopsie und eine ärztliche Bescheinigung der tatsächlichen Todesursache von den Krankenhausbehörden. Bisher hat die Familie noch keine Antwort erhalten. Der Leichnam von Prudence Amoussou befindet sich nach wie vor im Leichenhaus.
Im Fall von Prudence Amoussou fordert Amnesty International, umgehend eine sorgfältige und unparteiische Untersuchung der Todesursache einzuleiten. Alle mutmaßlich Verantwortlichen müssen in fairen Verfahren vor Gericht gestellt und die Familienangehörigen entschädigt werden.
Auch das Amnestiegesetz von 2019 muss geändert werden, sodass keine Amnestien für Straftaten und schwere Menschenrechtsverletzungen gewährt werden können, die in der Zeit unmittelbar nach den Wahlen begangen wurden.

IRAN. COVID-19: GEFAHR FÜR GEFANGENE

Im Iran befinden sich hunderte Menschen zu Unrecht im Gefängnis. Viele von ihnen sind gewaltlose politische Gefangene, die nur in Haft sind, weil sie ihr Recht auf freie Meinungsäußerung wahrgenommen haben.
Zugleich ist der Iran von der Corona-Krise besonders schwer getroffen.
Die hygienischen Zustände in den Gefängnissen sind miserabel. Es werden nur wenige Vorkehrungen getroffen, um die Verbreitung der Krankheit innerhalb der Haftanstalten zu verhindern. Die Behörden haben jedoch bereits tausende Gefangene freigelassen, um sie vor einer Ansteckung zu schützen.
Doch gerade jene Menschen, die zu Unrecht im Gefängnis sind, wurden bisher nicht freigelassen.

Die inhaftierte Menschenrechtsanwältin Nasrin Sotoudeh ist aus Protest in den Hungerstreik getreten. Frauenrechtsverteidigerinnen wie Yasaman Aryani und ihre Mutter müssen ebenfalls freigelassen werden.
Auch der Österreicher Kamran Ghaderi, der sich zu Unrecht im Evin-Gefängnis befindet, ist aufgrund seiner schlechten Gesundheit in besonderer Gefahr!

FORDERE JETZT VON DEN IRANISCHEN BEHÖRDEN:

▶ die sofortige Freilassung aller gewaltlosen politischen Gefangenen
▶ in Erwägung zu ziehen, besonders gefährdete Gefangene freizulassen
▶ die sofortige Ergreifung von Maßnahmen zum Schutz aller Häftlinge

SETZ DICH EIN!

Bitte schick beide Appellbriefe möglichst bald ab.

DIE GRÜNE WELLE DER PROTESTE

Seit zwei Jahren kämpfen Argentiniens Frauen und Mädchen für eine Legalisierung von Schwangerschaftsabbruch. Die Proteste tragen grün als Zeichen der Hoffnung und des Widerstands.

Von Flora Bachmann, Sprecherin des Amnesty-Netzwerks Frauenrechte

Es ist Februar 2020: Zehntausende Menschen nehmen die Straßen in Argentinien ein und fordern erneut eine Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen. Bilder der Proteste zeigen ein Meer aus Menschen mit grünen Tüchern. Das Tuch ist zu einem Symbol für Frauenrechte, Widerstand und Gleichberechtigung geworden. Während der Militärdiktatur unter Jorge Videla (1976 bis 1983) trugen die sogenannten Großmütter der Plaza de Mayo weiße Tücher, um auf die Entführungen und Ermordungen ihrer Kinder aufmerksam zu machen. Die heutige Protestbewegung trägt grüne Tücher. Schon in früheren Bewegungen zur Legalisierung des Rechts auf Abtreibung war die Farbe Grün präsent. Grün wird oft mit Gesundheit in Verbindung gebracht. Es ist nicht nur die Farbe der Hoffnung, sondern auch ein Symbol des Widerstands und des Kampfs für Veränderung.
Die Bilder erinnern an 2018. Auch damals schwappte eine grüne Protestwelle durch das Land, die die Legalisierung forderte.

VOM SENAT ABGELEHNT. Das Abgeordnetenhaus hatte im Juni 2018 für ein Gesetz gestimmt, das einen freiwilligen Abbruch bis zur 14. Woche ermöglichen sollte. Im August kam es dann zur historischen Abstimmung im Senat, der das Gesetz knapp ablehnte. Mariela Belski, Direktorin von Amnesty International Argentinien, bedauerte das: „Mit dieser Entscheidung wird die Gewaltspirale weiter aufrechterhalten, in die Frauen, Mädchen und andere Personen, die ungewollt schwanger sind, gezwungen werden. Die Exekutive hat ein Zeichen gesetzt, indem sie die Debatte eröffnete, doch die Legislative hat diese Chance nicht genutzt.“
Schwangerschaftsabbrüche werden durchgeführt, unabhängig davon, ob sie legal sind oder nicht. Sie gehören zu den sichersten medizinischen Eingriffen, sofern sie von ausgebildetem medizinischem Personal unter hygienischen Bedingungen durchgeführt werden. Sie sind sogar sicherer als die Geburt eines Kindes. Wenn die Regierungen den Zugang zu Abbrüchen einschränken bzw. kriminalisieren, sind Frauen gezwungen auf illegale, unsichere Methoden zurückzugreifen.

KRIMINALISIERUNG STIGMATISIERT. Laut WHO sind unsichere Abbrüche weltweit die dritthäufigste Todesursache bei Müttern und führen zu weiteren fünf Millionen weitgehend vermeidbaren Behinderungen. Fast jeder Tod und jede Verletzung durch einen unsicheren Schwangerschaftsabbruch ist vermeidbar. Zudem führt die Kriminalisierung von Abbrüchen dazu, dass diese in der Gesellschaft als rechtswidrig und unmoralisch wahrgenommen werden. Daraus folgt unter anderem die Stigmatisierung von Personen, die einen Abbruch suchen.
Laut CEDAW sind restriktive Abtreibungsgesetze eine Diskriminierung aller Menschen, die schwanger werden können.
Ein Schwangerschaftsabbruch in Argentinien ist bislang nur im Falle einer Vergewaltigung erlaubt, oder wenn Mutter oder Kind in Lebensgefahr sind. Befürworter*innen von Abtreibungsrechten sagen jedoch, dass das Gesetz in dem weitgehend römisch-katholischen Land nicht immer angewandt wird und dass die örtlichen Krankenhäuser zu viel Macht haben, zu entscheiden, welche Fälle unter die gesetzlichen Kriterien fallen. Bis heute weigern sich acht nördliche Provinzen das argentinische Protokoll, das Abbrüche in bestimmten Situationen erlaubt, anzuwenden. Dies zeigt auch der Fall eines 11-jährigen Mädchens aus der Provinz Tucuman (Nordwesten Argentiniens), der im Jahr 2019 in

Ironischer Slogan der Demonstrantinnen: Wir sind die Töchter der Hexen, die sie nicht verbrennen konnten.
© Amnesty International Argentinien

den Medien Aufmerksamkeit erlangte, als sie im Januar ins Krankenhaus eingeliefert wurde. Der Partner ihrer Großmutter hatte sie vergewaltigt und es wurde festgestellt, dass sie in der 19. Woche schwanger war. Sowohl das Mädchen als auch ihre Mutter beantragten umgehend einen Abbruch. Die Behörden weigerten sich jedoch wiederholt, diesen zu praktizieren, indem sie eine Reihe von Verzögerungstaktiken anwandten, wodurch das Mädchen effektiv gezwungen wurde, die Schwangerschaft gegen ihren Wunsch auszutragen. Zudem wurden vertrauliche Patientinneninformationen öffentlich preisgegeben, darunter ihr aktueller Gesundheitszustand und ihre Entscheidung, Zugang zu einem legalen Schwangerschaftsabbruch beantragt zu haben. Der Fall gab der Bewegung neue Energie und die grüne Welle überrollte Argentinien erneut.

LEGALISIERUNG VERSPROCHEN. Im selben Jahr kündigte der neu gewählte Präsident Alberto Fernández an, dass er die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs vorantreiben werde, sobald er sein Amt angetreten habe. Er verkündete, dass es ein Problem der öffentlichen Gesundheit sei, das Argentinien lösen müsste. Am 10. Dezember wurde er als Präsident vereidigt. Die Veröffentlichung eines Gesetzesentwurfs, der Mitte März 2020 erfolgen sollte, wurde aufgrund des derzeitigen Covid-19-Lockdowns auf später in diesem Jahr verschoben.
Seit 20. März sind in Argentinien strenge Ausgangssperren in Kraft, die ein Verlassen des Hauses nur zum Kauf von Lebensmitteln und Medizin erlauben. Dies hat erhebliche Folgen für Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch suchen. In einem Interview mit TIME berichtet Mabel Bianco (Ärztin und Direktorin von FEIM), dass es mehr ungewollte Schwangerschaften geben werde: „Wenn man die ganze Familie zwangsweise einsperrt, bedeutet das, dass viele junge Mädchen mehr sexuellem Missbrauch ausgesetzt sind. Und Frauen werden weniger leicht Zugang zu Verhütungsmitteln haben."

MEHR UNGEWOLLTE SCHWANGERSCHAFTEN. Auch die UNO wies bereits Ende April darauf hin, dass Ausgangssperren, die länger als sechs Monate andauern, zu sieben Millionen zusätzlichen ungewollten Schwangerschaften in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen führen könnten. Mabel Bianco beschreibt, dass Krankenhäuser nur noch medizinische Notfälle und Covid-19 Patient*innen aufnehmen und ein Abbruch nicht als ein medizinischer Notfall gesehen wird. Laut TIME berichten Ärzt*innen seit Anfang März in einigen Teilen des Landes von einem Mangel an Medikamenten, die bei vielen frühzeitigen Abtreibungen verwendet werden.
Trotz des Versprechens der Regierung, dass auch während der Pandemie ein Zugang zu Abbrüchen gewährleistet ist, wird dies nicht ausreichend umgesetzt. In Zeiten, in denen Proteste aufgrund der Pandemie nicht möglich sind und die grüne Welle zu Hause bleibt, bleibt die Frage, ob die Stimmen der zehntausenden Menschen in Argentinien endlich gehört werden, ob die Leben von Frauen und Mädchen, ernst genommen werden und ob sich Präsident Alberto Fernández an sein Versprechen hält und dieses Jahr ein neues Gesetz bringt.

© Carlos Figueroa Rojas / CC BY-SA

EINE FRAUENHYMNE

DER VERGEWALTIGER BIST DU

Ende November letzten Jahres geht eine Performance viral. Ausgehend von Chile wird der Protestsong „Un violador en tu camino“ in kürzester Zeit auf mehreren Kontinenten aufgeführt.

Von Analena Bachmann. Sie hat 2019 ihren Bachelor in Liberal Arts and Sciences in Den Haag, NL, abgeschlossen und lebt derzeit in Berlin.

In Südamerika, den USA, Europa und Australien singen tausende von Frauen „Und es war weder meine Schuld, noch wo ich war, noch was ich anhatte. Der Vergewaltiger bist du.“ Das Lied wird bald zur feministischen Hymne.

Ihren Anfang nahm die Performance am 20. November 2019. Auf dem Platz Aníbal Pinto in der chilenischen Hafenstadt Valparaíso führen um die 30 Frauen mit schwarzen Augenbinden eine Choreografie des Künstlerinnenkollektivs Las Tesis auf. Sie wollen mit dem Stück auf die individuelle und strukturelle machistische Gewalt gegen Frauen aufmerksam machen. „Das Patriarchat ist ein Richter und es verurteilt uns dafür, geboren worden zu sein“, singen sie in die Gesichter und Kameras der Umstehenden.

Fünf Tage später, am Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen sind Las Tesis in Santiago de Chile eingeladen. An mehreren Orten der Hauptstadt wird die Choreografie aufgeführt. Außerdem wird in den sozialen Medien dazu aufgerufen, die Performance zu verbreiten. Der Song wird zur Massenbewegung und ist alsbald international bekannt.

„Die rasante Verbreitung hat uns völlig überrascht“, meint Daffne Valdés von Las Tesis. Die vier Frauen taten sich im Jahr 2018 mit dem Ziel zusammen, feministische Theorie mithilfe von Kunst für ein breites Publikum zugänglich zu machen. So knüpft „Un violador en tu camino“ an die Arbeit der brasilianisch-argentinischen Anthropologin Rita Segato an, die die strukturellen Aspekte der Ungleichheit von Frauen sowie anderen Minderheiten aufzeigt. Übertragen in den Liedtext ist dies zum Beispiel bei den Zeilen „Es sind die Polizisten, die Richter, der Staat, der Präsident“. Las Tesis weisen auf die Institutionen hin, die die Diskriminierung von Minderheiten tolerieren und zulassen.

KAUM VERURTEILUNGEN BEI VERGEWALTIGUNG. So wird bei nur circa 8 Prozent der angezeigten Vergewaltigungen in Chile ein Urteil gefällt. Der Song klagt genau diese Missstände an. Und er erscheint während einer politisch aufgeladenen Zeit. Von Oktober letzten Jahres bis Mitte März fanden in Chile Massenproteste statt. Bis der Präsident Sebastián Piñera am 18. März aufgrund von Covid-19 im Land den Katastrophenzustand ausrief, verbrachten viele Menschen ihre Zeit auf den Straßen. Ausgehend von einer Preiserhöhung für öffentliche Verkehrsmittel formte sich eine Protestbewegung gegen die strukturelle Ungleichheit im Land. Jetzt online, waren die Protestierenden - Frauen* ganz vorne mit dabei - bis vor kurzem noch jeden Tag in gewaltvollen Auseinandersetzungen mit der Polizei verwickelt. Bis dato sind 36 Menschen dabei gestorben. Tausende wurden

Möchtest du mehr zu unseren Themen, Petitionen und Aktionen wissen? Wir schicken dir gern unseren monatlichen Newsletter. Schreib an *frauenrechte@amnesty.at*

verletzt sowie festgenommen. Und Hunderte berichten von Menschenrechtsverletzungen, wie übermäßigem Einsatz von Gewalt, illegalen Überfällen, willkürlicher Inhaftierung, sexueller Belästigung und Folter.

VERGEWALTIGUNGSDROHUNGEN. Frauen* beschreiben, dass sie Vergewaltigungsandrohungen und ungewollte Berührungen erlebt haben.
Auch gab es Anschuldigungen, dass Frauen und Kinder im Polizeigewahrsam nackt in die Hocke gehen mussten. Laut Polizeiprotokoll ist diese Praxis strikt untersagt, in der Realität sieht es wohl anders aus. Las Tesis reagierten darauf und integrierten die Hocke in die Choreografie der Performance. Sie wollen den Vergewaltiger entmystifizieren, die Gewalt und ihre Strukturen sichtbar machen.
Die Performance hat genau das geschafft. In vielen Ländern weltweit führen Frauen* die Choreografie auf, ändern den Text auf ihren kulturellen Kontext ab und verbreiten das Lied weiter. Frauen* in Deutschland singen über internationale Solidarität, in Kolumbien wird der gegenseitige Schutz unter Freundinnen betont. Protestsongs haben in der feministischen Bewegung eine lange Historie. 1963 sang Lesley Gore "You don't own me" (Du besitzt mich nicht) und gab jungen Frauen eine Perspektive. In dem Song singt sie darüber, dass ihr Partner sie nicht besitzt, über Freiheit und Selbstbestimmung. „Und sag mir nicht, was ich tun soll, sag mir nicht, was ich sagen soll. Und bitte, wenn wir ausgehen, stell mich nicht zur Schau", singt Gore und bietet den traditionellen Genderrollen die Stirn. Auch 50 Jahre nach der Veröffentlichung findet das Lied immer noch Anklang, wie bei einer Aufführung am Tag des Women's March 2018 in der US-amerikanischen Show Saturday Night Live.

In den 90ern gab es mit Riot Grrrl eine ganze Subkultur die sich um Protest und Musik drehte. Die feministische Bewegung hatte ihren Ursprung in der Punk Musik. Die Mädchen und Frauen* wollten nicht mehr nur Backgroundsängerinnen oder Groupies sein. Sie wollten den selben Platz wie Männer in der Musikbranche und kreierten damit zugleich einen Ort für Frauen*, sich selbst kreativ auszuleben und Erfahrungen zu verarbeiten. In ihren Songs sangen die Musikerinnen über sexuellen Missbrauch, häusliche Gewalt, Sexismus, Klassismus und mehr. Der Subkultur wird manchmal nachgesagt, die dritte Welle der Frauenbewegung ins Rollen gebracht zu haben.

AUCH HEUTE GIBT ES GUTE FEMINISTISCHE MUSIK, die zum Umdenken anregt und sich gegen alte Rollenverteilungen und Weltanschauungen auflehnt. Von feministischem Hip Hop wie Rebeca Lane, über vermarktbarem Empowerment-Pop á la Beyoncé hin zu der genre-beugenden Musik von Janelle Monáe. Sie alle eint Politik, kraftvolle Musik und Popularität. Protestsongs geben Menschen ein Gefühl der Verbundenheit, der Gemeinschaft und des Verstanden-Werdens. Und sie geben Kraft.
So auch am 4. Dezember, als die Performance erstmals mit Müttern und Großmüttern von in der Diktatur verfolgten Menschen aufgeführt wurde. Über zehntausend Frauen* fanden sich vor dem Estadio Nacional, ehemals größtes Folterzentrum der Diktatur, ein und klagten an. „Das war ein unglaublich kraftvolles Gefühl für uns alle", sagt Rosa Moreno, pensionierte Politikwissenschaftlerin, über diesen Moment. Kurz darauf fasst sie mit Anderen den Entschluss, die erste feministische Partei Chiles, Partido Alternativa Feminista, zu gründen. Gegen das Patriarchat, hin zum Systemwandel.

SCHREIBWETTBEWERB

#GIRLPOWER. HOCH LEBE DER FEMINISMUS

Amnesty Youth Salzburg hat in einem Schreibwettbewerb um Beiträge zum Thema Frauenrechte gebeten. Wir freuen uns, den besten Text veröffentlichen zu dürfen.

Von Marlene Graupner: „Ich bin 20 Jahre alt, und neben der sarkastischen feministischen Nörglerin bin ich passionierte Kaffeetrinkerin.“

Hoch lebe der Feminismus. Nackige, kreischende, mit Parolen beschmierte Feminazis haben es im Kampf um die soziale, politische und ökonomische Gleichheit in den letzten Jahrzehnten geschafft, dass alle Geschlechter absolut gleichberechtigt sind. Wir Vaginabestückten dürfen, dank der Frauenbewegung, seit 1918 in Österreich wählen und können daher bei bevorstehenden Bürgermeisterwahlen entscheiden, ob wir ein Kreuzerl beim Josef, Johann oder Franz setzen. Die Maria hat sich letztens auch aufstellen lassen, soviel zu „Frauen wären nicht in der Politik vertreten“, aber die ist dann schwanger geworden. Schließlich hat bei ihr auch schon die Babyuhr getickt. Apropos schwanger, der Henriette ist etwas Schreckliches widerfahren. Die ist Opfer eines sexuellen Übergriffs geworden und hat von dem machtgeilen, gampigen Lustmolch einen Braten in der Röhre. Dem Feminismus der Alice Schwarzer-Jahre haben wir zu verdanken, dass die arme Henriette abtreiben darf. Aber wenn ich ehrlich bin, tut sie mir gar nicht so leid. Mich wundert es nicht wirklich, ihr Auftreten provoziert ja die Männer. Das kurze Rockerl, die hohen Absätze und das tiefe Dekolleté. Dass ein armer, notgeiler Hengst bei so viel nackter Haut narrisch wird, kann ich verstehen. Mit den Reizen soll man geizen! Bisserl was herzeigen ist ja ok, das mach ich ja auch. Das schmeichelt doch jeder Frau, wenn dann die Herren nachpfeifen. Wenn sie mir Bemerkungen wie: „Geiles Popscherl“ nachrufen und ich einen Klaps auf meinen trainierten Apfelhintern bekomme, rufe ich nicht die Polizei oder „MeToo“, sondern ich freue mich, dass das Training aus der neuen „Maxima“ seine Wirkung zeigt. Neben den erstklassigen schlanke-Beine-runder-Po Pilates-Übungen und Diäten, wie ich in zwei Stunden zwanzig Kilo verliere, bin ich durch Österreichs Frauenzeitschrift auch in Thema Fashion und Trends immer top beraten. Bald sehe ich aus wie die Blondine in der neuen Autowerbung oder wie so ein sexy Haserl, das die Männer in den Parfumwerbungen umwirbt. Das phallusbestückte Volk wird bei mir Schlange stehen. Dank der 68er-Bewegung und damit verbundenen Einführung der Pille sind Frauen sexuell befreit und können sich ausleben. Mittlerweile hat die Frau in Sachen Verhütung sogar die Nase vorne. Der Mann hat außer dem stimmungskillenden Gummi keine Verhütungsmöglichkeit. Die Frau muss hier stolz die Verantwortung tragen und kann sich zwischen zahlreichen Methoden entscheiden. Die Migräne, Stimmungsschwankungen und gehemmte Libido nehme ich gerne in Kauf, um immer bereit zu sein, wenn mein Partner es will. An der Pille für den Mann wurde zwischenzeitlich geforscht, doch ohne Erfolg. Die spermienverlangsamende Wirkung der Pille für den Mann, weist auch Nebenwirkungen wie Kopfweh, Müdigkeit und sinkende Libido auf. Weil die Begleitsymptome zu fatal waren, hat das einzige rein pflanzliche Verhütungsmittel es nicht auf den Markt geschafft. Gott sei Dank, da schlucke ich umso lieber jeden Tag meinen Hormoncocktail. Denn es gibt nichts Enttäuschenderes als ein gut bestückter Liebhaber, der dann über seine Beschwerden sudert wie ein Mädchen. Mein Sexualpartner soll männlich sein und keine jammernde Pussy. Nicht nur im Schlafzimmer ist die kühle, männliche Emotionslosigkeit sexy, auch im Büro ist es von Vorteil. Ich weiß nicht, ob ich die Sabine ernst nehmen kann, wenn sie zur neuen Abteilungschefin befördert wird. Die ist für diese Position viel zu

weinerlich und emotional. Ganz zu schweigen, wenn die ihre Tage hat, da weiß ich genau, wer dann das Fett abbekommt. Weil es uns, zyklusgesteuerten Hormonbomben, im Berufsalltag schwerer fällt, wurde dank Women Empowerment eine Frauenquote in vielen Unternehmen eingeführt. Daher wurde letztens statt einem Dieter, eine Agnes eingestellt. Außer ihrem üppigen Busen hat die nicht viel Weiblichkeit, aber immerhin kann ich sie ernster nehmen als die weinerliche Sabine. Die Agnes ist eine Karrierefrau, das sehe ich auf den ersten Blick. Die ist hantig und herrisch. Wenn die mit so viel Biss weiter macht, verdient sie mit ihrem Fleiß und den Überstunden bald so viel wie der Robert. Der ist allerdings nur brav, was das Einhalten der Kaffee-, Raucher- und Mittagspausen angeht, da hängt er auch gern mal ein paar Minuten mehr dran. Mit dem lauten Aufheulen seines protzigen Schlittens leitet er dann, meistens viel zu früh, den Feierabend ein. Die Proletenwanne hat jede Menge PS und einen ohrenbetäubenden Auspuff, ein richtiger Männertraum. Für mich wäre so eine Kutsche nichts. Fürs Aufheulen beim Aus- und Einparken sorge ich selber, dazu brauche ich keinen aufgemotzten Motor. Wir Frauen sind ja bekanntermaßen die vorsichtigeren Lenkerinnen. Man könnte fast behaupten, Männer werden in der Fahrzeugszene diskriminiert, da üblicherweise nur männliche Dummys bei Auto-Crashtests verwendet werden. Die Sicherheitsmaßnahmen müssen auf die Penisgesteuerten ausgelegt sein, weil die schlicht und ergreifend leichtsinniger um die Ecke rasen. Letztens ist so ein Vollkoffer direkt neben mir durch den Gatsch gebrettert und hat mein neues Leiberl von oben bis unten besudelt. Ich habe mir anlässlich des Weltfrauentags so ein lässiges Women Empowerment T-Shirt gekauft. Der Modetrend verleiht „grlpwr“ den Glitzer und Glamour, der ihm gebührt. Ich bin froh, dass Gleichberechtigung in meiner Zeit, nicht nur auf der Mode, sondern auch in der Gesellschaft großgeschrieben wird und für jede und jeden selbstverständlich ist. Die Emanzen der letzten Jahre haben viel bewegt, dank ihnen lebe ich jetzt ich in einer Welt, in der jeder Mensch gleichbehandelt und respektiert wird. Hoch lebe der Feminismus.

AMNESTY YOUTH SALZBURG

Was bringt eine Gruppe junger Menschen dazu, sich zusammen zu schließen und zu engagieren? Ein gemeinsames Ziel: die Bewohner*innen, und vor allem auch die jungen Leute in Salzburg für das Thema Menschenrechte sensibilisieren und begeistern. Aus verschiedenen Studienrichtungen und Hintergründen bringen wir alle etwas Unterschiedliches mit in die Gruppe, das uns erlaubt, kreativen und jungen Aktivismus zu gestalten. So haben wir in den gut 1,5 Jahren seit unserer Gründung schon viele Themen und Aktionen behandelt: von einem Podiumsgespräch mit einer russischen Aktivistin, die sich für LGBTIQ+ Rechte engagiert, über zahlreiche Straßenaktionen zu Amnesty Kampagnen, bis hin zu Themen, die ganz nah sind, wie z.B. menschenwürdige Arbeitslosigkeit in Österreich. Ein Thema liegt uns jedoch zurzeit besonders am Herzen, eines von globaler Bedeutung: Frauenrechte. Am Weltfrauentag marschierten wir bereits durch die Stadt und verteilten Rosen an Passant*innen. Doch nur ein Erinnerungstag reichte uns nicht. Wir wollten wissen, was junge Menschen in Salzburg über Frauenrechte denken, wie sie sich fühlen, was sie bewegt. Da kam uns die Idee, einen Schreibwettbewerb ins Leben zu rufen, um auch anderen eine Plattform zu geben, über ihre Meinungen, Erlebnisse und Gedanken zu berichten. Es landeten sechs unglaubliche Texte bei uns – manche knapp, manche sachlich, andere emotional, wütend, mitreißend. Der nebenstehende Text war unser Gewinner.

AMNESTY INTERNATIONAL ÖSTERREICH IST 50

Amnesty International Österreich wurde am 4. Mai 1970 gegründet. „Der Kampf um Menschenrechte wird nie erledigt sein“, sagt der ehemalige Bundespräsident Heinz Fischer, ein Mitbegründer von Amnesty Österreich.

Seit 50 Jahren kämpfen tausende Menschen in Österreich Seite an Seite mit Amnesty für die Rechte aller Menschen. Gemeinsam haben sie das Leben vieler Menschen positiv verändert.
Mit großen und kleinen Handlungen verändern sie die Welt – ob mit einer Unterschrift, einer Spende oder einem Tweet, mit dem Megaphon in der Hand auf der Straße, im Dialog mit anderen Menschen oder stimmberechtigt bei der Mitgliederversammlung.
Hier ein subjektiver Rückblick aus Frauenrechts- und Gruppenperspektive auf 50 Jahre Amnesty-Geschichte, auf Kampagnen, Meilensteine, Begegnungen und Erfolge für die Menschen- und Frauenrechte.

1970 Am 4. Mai wird die österreichische Sektion von Amnesty International im Presseclub Concordia in Wien gegründet.

1973 Amnesty startet den ersten „Alarmeinsatz“ (Urgent Action) für den politisch inhaftierten brasilianischen Professor Luiz Basilio Rossi.

1975 Zum ersten Mal erscheint „ai Informationen“ – aus dem Journal wird im Laufe der Jahre das Amnesty Magazin.

1977 Amnesty International erhält den Friedensnobelpreis. Im selben Jahr wird die erste Mitarbeiterin im Büro in Wien eingestellt.

1979 Die Frauenrechtskonvention - CEDAW (Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination against Women) - wird von der UNO-Generalversammlung am 18. Dezember 1979 verabschiedet und tritt am 3. September 1981 in Kraft. Ziel ist, die Beseitigung der Diskriminierung von Frauen in sämtlichen Lebensbereichen.

1980 Amnesty International startet die erste Kampagne für eine Welt ohne Todesstrafe. Als die Bewegung 1961 gegründet wurde, hatten nur neun Länder staatliche Hinrichtungen abgeschafft.

Bis 2019 haben mehr als die Hälfte aller Länder der Welt die Todesstrafe aufgegeben.

1989 Die Internationale Ratstagung von Amnesty International beschließt, die Arbeit

aktionsgruppe frauen
ai amnesty international österreich

© Christopher Glanzl

zu Menschenrechtsverletzungen an Frauen zu intensivieren. Es ergeht ein Aufruf an die Bewegung, auf allen Ebenen die Arbeit zu Frauenrechten zu verstärken. / Gründung des Amnesty-Netzwerks Frauenrechte als Aktionsgruppe Frauen in Österreich.

1991 Amnesty International veröffentlicht den Bericht „Women in the frontline“, der das erste Mal den Tatbestand der geschlechtsspezifischen Menschenrechtsverletzungen an Frauen in die Amnesty-Sprache einführt, allerdings noch nicht im Zusammenhang mit Gewalt durch private Täter.

1993 Auf der Wiener Menschenrechtskonferenz ist die „Wiener Erklärung“ und das in ihr enthaltende Aktionsprogramm ein menschenrechtlicher Meilenstein. Empfohlen wird die Ernennung eines Hochkommissariats für Menschenrechte und eines*r Sonderberichterstatters*in zu Gewalt gegen Frauen sowie die Annahme einer Erklärung betreffend die Beseitigung von Gewalt gegen Frauen. Alle diese drei Empfehlungen sind verwirklicht worden. Amnesty hatte sich dafür eingesetzt.

1995 4. Weltfrauenkonferenz in Peking. 47.000 Teilnehmerinnen aus 189 Staaten nehmen daran teil. Das Motto ist „Handeln für Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden“. Die teilnehmenden Staaten verpflichteten sich, die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern, Rechte der Frauen zu schützen, Armut von Frauen zu bekämpfen, Gewalt gegen Frauen als Menschenrechtsverletzung zu verfolgen und geschlechtsspezifische Unterschiede in der Gesundheitsversorgung und im Bildungssystem abzubauen. Sylvia Hordosch, heute Policy Adviser bei UN Women, damals Mitglied der Aktionsgruppe Frauen, nahm für Amnesty Österreich teil.

1999 wird mit dem Inkrafttreten des CEDAW-Zusatzprotokolls, dem sogenannten Fakultativprotokoll, ein wichtiger Schritt in der Durchsetzung individueller Beschwerderechte getan.

2000 Das Protokoll zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels wird beschlossen.
Der UN-Sicherheitsrat beschließt die Resolution 1325, die die Teilnahme von Frauen an Konfliktlösung und politischen Veränderungen zum Inhalt hat. Amnesty hatte als erste Organisation auf geschlechtsspezifische Misshandlungen von Frauen als politischen Gefangenen aufmerksam gemacht.

2003 Amnesty Österreich beteiligt sich an der weltweiten „Control Arms“-Kampagne gegen den internationalen Waffenhandel.

2004 Amnesty-Kampagne gegen Gewalt an Frauen beginnt und läuft bis 2010. Zahlreiche Berichte erscheinen - zu Frauenhandel im Kosovo, Frauenmorden in Mexiko, häus-

© Lisi Gradnitz

licher Gewalt in Russland etc. Amnesty Österreich ist intensiv dabei und fordert einen eigenen Aufenthaltstitel für Migrantinnen, die im Zuge der Familienzusammenführung nach Österreich kamen.

2005 Besuch von drei WOZA-Aktivistinnen (Women of Zimbawe Arise) in Wien auf Einladung des Netzwerks Frauenrechte. WOZA-Sprecherin Jenni Williams dankt Amnesty: „Ohne euch wäre ich nicht mehr am Leben."

2007 Amnesty Policy zur Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbruch wird beschlossen.

2009 Kampagne Demand Dignity mit einem Schwerpunkt Müttersterblichkeit beginnt. Ein Erfolg nach jahrelangem Einsatz von Amnesty: kostenlose Gesundheitsversorgung in Burkina Faso und Sierra Leone mit Familienplanungseinrichtungen.

2011 Das NW Frauenrechte und das NW gegen die Todesstrafe pflanzen drei Bäume für die Menschen/Frauenrechte im Iran und setzen einen Gedenkstein im Wiener Donaupark - als Symbol für unseren permanenten Einsatz für die Frauenrechte, für politische Gefangene und gegen die Todesstrafe im Iran. Ehrengast ist die iranische Frauenrechtsaktivistin Mansoureh Shojaee.

2013 Die Kampagne My Body My Rights für sexuelle und reproduktive Rechte startet. Chile und die Dominikanische Republik erleichtern den Zugang zu Schwangerschaftsabbruch. In Südafrika wird die Gesundheitsversorgung von Schwangeren und Müttern verbessert. Wegen Schwangerschaftsabbruch verurteilte Frauen kommen frei.

2015 Die Research-Mission von Amnesty International stellt in der Bundesbetreuungsstelle Traiskirchen systematische Mängel im Umgang mit Asylwerber*innen fest.
Die Internationale Ratstagung beschließt eine Policy zur Entkriminalisierung von Sexarbeit.

2017 Amnesty startet die weltweite Kampagne für den Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen.

2018 Irland bekommt eine lieberale Fristenlösung nach langem Kampf irischer Aktivist*innen gegen das das strikte Abtreibungsverbot. Amnesty unterstützte die Kampagne intensiv.

Mit #ÖsterGLEICH startet Amnesty Österreich die erste Kampagne zu Menschenrechten in Österreich.

2019 Let's talk about yes. Dabei geht es um das Delikt Vergewaltigung. Das Gesetz zu Vergewaltigung wurde in einigen Ländern, zuletzt in Griechenland dahingehend geändert, dass Sex ohne Einwilligung eine Vergewaltigung ist.
Für ihren Einsatz für Klimagerechtigkeit erhalten „Fridays For Future" die höchste Amnesty- Auszeichnung.

2020 Während der Covid-19-Pandemie beobachtet Amnesty die Situation der Menschenrechte weltweit.

© Briefmarke: Österr. Post AG / Amnesty International

SONDERMARKE DER POST WÜRDIGT 50 JAHRE AMNESTY INTERNATIONAL ÖSTERREICH

Seit 50 Jahren setzen sich tausende Menschen in Österreich Seite an Seite mit Amnesty für die Rechte aller Menschen ein. Die österreichische Post würdigt edas 50-Jahre-Jubiläum von Amnesty International Österreich mit einer Sonderbriefmarke.
Am 15. Mai wurde die Sonderbriefmarke „50 Jahre Amnesty International Österreich" veröffentlicht. Die Marke mit einem Design von Marion Füllerer würdigt Solidarität und Zusammenhalt von Menschen, die sich füreinander einsetzen. Die Amnesty-Sondermarke ist in einer Auflage von 230.000 Stück verfügbar und bei allen österreichischen Postfilialen, im Online-Shop und in den Philatelieverkaufsstellen erhältlich.

BRIEFE SCHREIBEN KANN LEBEN VERÄNDERN. Briefe zu schreiben ist seit der Gründung von Amnesty für viele Aktivist*innen und Unterstützer*innen zentral. Was heute altmodisch wirken mag, hat sich als Mittel bewährt, Menschenrechte zu verteidigen. Ob, um Menschen in Gefahr Hoffnung zu geben oder Druck auf Entscheidungsträger*innen aufzubauen – eine Flut an Briefen von Menschen, die sich gemeinsam für eine Sache einsetzen, kann viel bewirken und das Leben vieler Menschen zum Besseren verändern. Was eine aufmunternde Nachricht an einen unbekannten Menschen bewegen kann, zeigen auch viele Statements von Menschen, für die sich Amnesty in den vergangenen Jahren einsetzte.

MEHR ALS 8 MILLIONEN MENSCHEN
unterstützen Amnesty International weitweit.
MEHR ALS 100.00 MENSCHEN
davon machen gemeinsam Amnesty Österreich aus
DANKE, DASS DU DABEI BIST!

DIES & DAS

„Unsere formelle Wirtschaft ist nur möglich, weil sie durch die unbezahlte Arbeit der Frauen subventioniert wird.“

Nahla Valji, leitende Gender-Beraterin des UN-Generalsekretärs

FRANKREICH. SUPERMÄRKTE ALS FLUCHTORTE BEI HÄUSLICHER GEWALT. Während der Ausgangssperren stiegen die Fälle von Gewalt in der Familie deutlich. Das französische Innenministerium ging landesweit von einer Zunahme um 36 Prozent aus. Es riefen allerdings vermehrt Nachbarn bei der Polizei an, da die Frauen - eingeschlossen in den eigenen vier Wänden - keine Möglichkeit fanden, selbst den Notruf zu tätigen. Frauen konnten nur beim Einkaufen aus dem Haus. Warteschlangen gaben ihnen sozusagen ein Alibi, wenn sie länger brauchten, um Hilfe zu suchen. Einige Supermärkte druckten Notrufnummern auf den Kassenzettel. Einkaufszentren stellten sogar Büroräume für Beratung zur Verfügung. *Quelle: diestandard*

PERIODENARMUT. Sehr viele Frauen und Mädchen können sich Menstruationsprodukte nicht leisten. Sie haben kein Geld, um sich Binden, Tampons etc. zu kaufen. Am stärksten betroffen sind Mädchen in den Ländern des Globalen Südens, wo viele während der Menstruation nicht zur Schule gehen. Doch das Problem ist nicht auf die sogenannten Entwicklungsländer beschränkt. In Großbritannien wurde eine erschreckende Anzahl an Fehlstunden von Mädchen während der Periode festgestellt. Seit Jahresbeginn können alle öffentlichen Schulen in England auf Staatskosten Binden, Tampons und Menstruationstassen bestellen. In Schottland stellen Schulen und Unis bereits seit einem Jahr kostenlose Hygieneprodukte zur Verfügung. In Österreich gibt es sie nur sehr vereinzelt an Universitäten.

U-Bahn-Werbung in den 70er Jahren, die heute erfreulicherweise nicht mehr möglich wäre. Gesehen im Wiener Verkehrsmuseum Remise
© privat

WIR EMPFEHLEN

DIE ZEITSCHRIFT FRAUEN*SOLIDARITÄT erscheint seit 1982. Sie informiert über Frauenrechte, Frauenbewegungen und Geschlechterbeziehungen in den Ländern des Globalen Südens und reflektiert das Nord-Süd-Ost-Verhältnis aus feministischer Perspektive. Die Frauen*solidarität ist die einzige feministisch-entwicklungspolitische Zeitschrift im deutschsprachigen Raum. Internationale Berichte, Kommentare und Analysen zur Situation von Frauen werden ergänzt durch Interviews mit Aktivistinnen. Kurznachrichten bringen Neuigkeiten aus aller Welt, die Rezensionen machen aufmerksam auf die neueste (Forschungs-)Literatur.

Abo: 01 317 40 20- 404 oder abo@frauensolidaritaet.org

UNGARN. DISKRIMINIERUNG VON TRANS-PERSONEN UND INTERSEXUELLEN. Ungarn hat die rechtliche Anerkennung von Trans-Personen und intersexuellen Menschen abgeschafft. Das entschied das ungarische Parlament am 19. Mai trotz internationalen Protests. Bei einer Änderung des Gesetzes über den Registrierungsprozess von Geburten, Todesfällen und Ehen stimmte das Parlament mehrheitlich dafür, dass statt dem gelebten Geschlecht nur noch das „Geschlecht bei der Geburt“ in Dokumenten und Ausweisen stehen soll. Dies verletzt das Recht von trans- und inter* Menschen auf Privatsphäre sowie das Recht auf Anerkennung des Geschlechts, das selbst bestimmt wird. „Diese Entscheidung wirft Ungarn zurück ins Mittelalter“, kommentiert Dávid Vig, Direktor von Amnesty Ungarn den Beschluss. Kurz davor hatte der Europäische Gerichtshof die Inhaftierung von Flüchtlingen an der ungarischen Grenze als rechtswidrig verurteilt.

AbsenderIn:

_____

_____

_____

_____

His Majesty King Salman bin Abdul Aziz Al Saud
The Custodian of the two Holy Mosques
Office of His Majesty the King
Royal Court
Riyadh
SAUDI-ARABIEN

Your Majesty King Salman bin Abdul Aziz Al Saud,

I am writing to you regarding the imprisoned women human rights defenders LOUJAIN AL-HATHLOUL, SAMAR BADAWI and NASSIMA AL-SADA.

They were detained in 2018 together with several other women activists, following a sweeping wave of arrests targeting human rights activists. Many of the women activists brought to trial have campaigned against the long-standing ban on women driving in Saudi Arabia, and for the end of the male guardianship system.

I call on you to drop all charges against Loujain al-Hathloul, Samar Badawi and Nassima al-Sada and the other 10 women activists.

Furthermore, I urge you to release immediately and unconditionally those still detained, as they are prisoners of conscience, solely detained for peacefully exercising their right to freedom of expression, assembly and association.

Finally, I also urge you to allow independent monitors into the prisons to investigate allegations of torture and other ill-treatment, including sexual abuse, as well as allow foreign diplomats and journalists access to the trial sessions.

Yours sincerely,

FORDERUNGEN AN DIE SAUDI-ARABISCHEN BEHÖRDEN:

Bitte lassen Sie die Anklagen gegen alle Frauenrechtsverteidigerinnen fallen und lassen Sie sie umgehend und bedingungslos frei, da sie gewaltlose politische Gefangene sind, die sich nur in Haft befinden, weil sie ihre Rechte auf Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit ausgeübt haben.

Sorgen Sie bitte auch dafür, dass alle Inhaftierten Zugang zu ihren Rechtsbeiständen erhalten und gestatten Sie unabhängigen Beobachter*innen den Zugang zu den Gefängnissen, um die Vorwürfe über Folter und andere Misshandlungen, einschließlich sexualisierter Gewalt, untersuchen zu können.

AbsenderIn:

_____

_____

_____

_____

Ambassade de la République du Bénin
Chemin du Petit-Saconnex 28
1209 Genève
SCHWEIZ

Fax: 022 906 84 61

Please forward to Minister of Justice Mr Sévérin QUENUM

Dear Minister,

The late Prudence Amoussou, 37 years old and mother of three boys and four girls was injured on 1 May 2019 in Cotonou, Benin, when police fired live bullets at protestors during the demonstrations that followed Benin's controversial 2019 Parliamentary elections. On 2 May, Prudence died in hospital as result of her injuries.

Please ensure that a prompt, thorough and impartial criminal investigation into Prudence's death is carried out, and that anyone suspected to be responsible is brought to justice in a trial that meets international standards;

Provide Prudence's family with reparations for her death.

Amend the Amnesty Law n°2019-39 to prohibit amnesties for crimes or other serious human rights violations committed during the post-electoral period.

Sincerely,

Sehr geehrter Herr Minister,

die 37-jährige siebenfache Mutter Prudence Amoussou wurde am 1. Mai 2019 in Cotonou bei einer Demonstration angeschossen. Die Polizei setzte scharfe Munition gegen Personen ein, die nach den umstrittenen Parlamentswahlen aus Protest auf die Strasse gingen.

Tags darauf starb Prudence Amoussou im Krankenhaus an ihren Verletzungen.

Ich bitte Sie, im Fall von Prudence Amoussou umgehend eine sorgfältige und unparteiische Untersuchung der Todesursache einzuleiten.

Außerdem appelliere ich an Sie, alle mutmaßlich Verantwortlichen in fairen Verfahren vor Gericht zu stellen und die Familienangehörigen zu entschädigen.

Auch das Amnestiegesetz von 2019 muss geändert werden, sodass keine Amnestien für Straftaten und schwere Menschenrechtsverletzungen gewährt werden können, die in der Zeit unmittelbar nach den Wahlen begangen wurden.

Hochachtungsvoll

AbsenderIn:

_____

_____

_____

_____

Ebrahim Raisi
Permanent Mission of Iran to the UN
Chemin du Petit-Saconnex 28
1209 Geneva
SCHWEIZ

Dear Mr Raisi,

I am writing about the distressing spread of coronavirus (COVID-19) in Iran's prisons. I am concerned that hundreds of prisoners of conscience remain jailed, including human rights defenders, peaceful protesters and others detained solely for peacefully expressing their rights to freedom of expression, association and/or assembly. They should not be in detention in the first place.
More generally, I am also concerned about the health of all prisoners in Iran. In several prisons across the country, prisoners have tested positive for COVID-19, raising grave concerns for other prisoners held in the same wards. Additionally, some prisoners have been systematically denied adequate medical care, which could leave them more vulnerable to the effects of the virus if they contracted it. Amnesty International has documented the denial of adequate medical care as a punitive measure against prisoners of conscience.
Many prisoners across the country have pleaded with officials to address overcrowded, unhygienic and unsanitary conditions in prisons that put them at greater risk of COVID-19 infections. There are also reports that some prisoners have not been provided with sufficient soap or other sanitary products. Many families have also raised concerns for the wellbeing of jailed relatives and believe that the Iranian authorities should be systematically testing prisoners who may be showing symptoms of COVID-19.

I urge you to immediately and unconditionally release all prisoners of conscience, including human rights defenders and those detained for peacefully taking part in the November 2019 and January 2020 protests. I also urge you to consider releasing other prisoners – especially pre-trial detainees and those who may be more at risk from the virus – and take necessary measures to protect the health of all prisoners, including equal access to testing.

Sincerely,

FORDERUNGEN AN DIE IRANISCHEN BEHÖRDEN

Lassen Sie bitte alle gewaltlosen politischen Gefangenen umgehend und bedingungslos frei, darunter auch Menschenrechtsverteidiger*innen und Personen, die nur deshalb inhaftiert sind, weil sie an den Protesten vom November 2019 und Januar 2020 teilgenommen hatten.

Erwägen Sie bitte dringend, auch andere Inhaftierte freizulassen, insbesondere Untersuchungshäftlinge und besonders gefährdete Personen.

Ergreifen Sie bitte alle notwendigen Maßnahmen, um die Gesundheit aller Gefangenen zu schützen, zum Beispiel durch den Zugang zu Corona-Tests.

AbsenderIn:

_____

_____

_____

_____

Secretary of Justice
Menardo Guevarra
Department of Justice
Padre Faura Street
Ermita, MANILA 10020
PHILIPPINEN

Dear Secretary of Justice Guevarra,

I am dismayed by the continued detention of Senator LEILA DE LIMA, arrested on 24 February 2017 on drug related charges. I strongly urge the Philippines authorities to drop all charges against Senator de Lima and immediately and unconditionally release her.

I am concerned that the charges against Senator de Lima stem from her vocal criticism of President Duterte's 'war on drugs', which has resulted in the extrajudicial execution of thousands of suspected drug offenders.

I am calling on you, as Secretary of Justice, to drop all charges against Senator de Lima and release her immediately and unconditionally.

Furthermore, please ensure that, while in detention, Senator de Lima is held in humane conditions and that arbitrary restrictions, such as denial of visits, are lifted and remove the arbitrary restrictions imposed on her to ensure that she can discharge fully her legislative mandate especially as Chairperson of the Committee on Social Justice.

Additionally, I call on you to investigate threats, harassment and intimidation of political opponents, activists, independent media, human rights defenders and others who have criticised the government's anti-drug war and ensure they are able to carry out their work without fear of reprisals.

Finally, I urge you to ensure prompt, impartial and effective investigations into all drug-related killings, particularly where law enforcement officials have been implicated.

With kind regards,

FORDERUNGEN AN DIE PHILIPPINISCHEN BEHÖRDEN

Bitte lassen Sie alle Anklagen gegen Senatorin Leila de Lima fallen und sorgen Sie dafür, dass sie unverzüglich und bedingungslos freigelassen wird.

Bitte stellen Sie sicher, dass Senatorin Leila de Lima während ihrer Inhaftierung unter menschenwürdigen Bedingungen festgehalten wird und dass willkürliche Beschränkungen wie ein Besuchsverbot aufgehoben werden.

Bitte lassen Sie die Vorfälle von Bedrohung, Einschüchterung und Verfolgung von politischen Gegner*innen, Aktivist*innen, unabhängigen Medien und Menschenrechtsverteidiger*innen, die die Anti-Drogen-Kampagne der Regierung kritisieren, untersuchen und stellen Sie sicher, dass sie ihre Arbeit ohne Furcht vor Verfolgung ausführen können.

Bitte lassen Sie alle Vorfälle von Tötungen in Verbindung mit Drogen gründlich und unabhängig untersuchen.

GEFLÜCHTETEN DROHT DER HUNGERTOD

Geflüchtete und Migrant*innen werden während der Pandemie im Stich gelassen: überfüllte Lager, Ausgangssperren, fehlende Lebensmittel und Gesundheitsversorgung

Die unmenschliche Behandlung von Menschen auf der Flucht und Migrant*innen könnte die Fortschritte bei der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie zunichte machen: Überfüllte Flüchtlingslager und Haftanstalten drohen zu neuen Epizentren der Pandemie zu werden, warnte Amnesty International Mitte Mai und rief zu einer globalen gemeinschaftlichen Aktion auf, um das Leben und die Gesundheit von Geflüchteten und Migrant*innen zu schützen.
„Es ist unmöglich, dieses Virus konsequent einzudämmen, wenn weltweit so viele Menschen in überfüllten, unhygienischen Lagern und Haftanstalten leben. In Zeiten wie diesen müssen wir mehr denn je zusammenhalten und Solidarität zeigen. Stattdessen wurden lebensnotwendige Lieferungen von Nahrungsmitteln und Wasser blockiert, Menschen willkürlich eingesperrt und sogar zurück in die Gefahr geschickt, wo ihnen Tod oder Verfolgung drohen“, sagt Iain Byrne, Leiter des Teams für Rechte von Geflüchteten und Migrant*innen von Amnesty International, und sagt weiter: „In vielen Flüchtlingslagern ist der Hungertod Berichten zufolge mittlerweile eine größere Bedrohung als das Virus selbst. Geflüchtete und Migrant*innen werden im Stich gelassen, anstatt sie zu schützen – dabei haben sich Staaten auf der ganzen Welt dazu verpflichtet. Wir müssen jetzt gemeinsam unverzüglich Maßnahmen ergreifen, um zu verhindern, dass dies zu einer menschenrechtlichen Katastrophe wird.“
Die Ausgangsbeschränkungen haben die Situation von Menschen verschlimmert, die bereits vor der Krise unter katastrophalen und unmenschlichen Bedingungen leben mussten. Millionen von Menschen sind nun einem erhöhten Risiko von Hunger und Krankheit ausgesetzt. Hinzu kommt, dass viele Regierungen diskriminierende und fremdenfeindliche Maßnahmen ergriffen haben, die die Gesundheit und das Leben von Tausenden Geflüchteten und Migrant*innen bedrohen. So wurde zum Beispiel die Wasserversorgung im bosnischen Lager Vucjak von den örtlichen Behörden absichtlich unterbrochen, um die Umsiedlung der Bewohner*innen im Lager zu erzwingen.
Im jordanischen Lager Zaatari hindern die Ausgangssperren die Menschen daran, überhaupt zu arbeiten, d. h. es gibt keine Nahrung und keinen Zugang zu Einkommen, um auch nur das Nötigste zu bezahlen.
Im April hatten die Bewohner*innen der temporären Lager in den französischen Siedlungen von Calais aufgrund der Abriegelungen keinen Zugang zu Lebensmitteln und Wasser. Aufgrund der Ausgangssperren konnten sie nicht selbst einkaufen, selbst wenn sie Geld dafür hatten.
Auch die Lager auf den griechischen Inseln sind nach wie vor überfüllt.

AMNESTY INTERNATIONAL FORDERT, DASS

- **Menschen in Lagern, Haftanstalten und Quarantäne ausreichend mit Lebensmitteln, Wasser, Hygiene-Produkten sowie Medizin versorgt werden;**
- **Regierungen eine vorübergehende Legalisierung des Aufenthaltsstatus aller Menschen unabhängig von ihrem rechtlichen Status erwägen;**
- **Asylsuchende und Geflüchtete uneingeschränkten Zugang zu Sozialleistungen haben;**
- **Resettlement-Programme ausgebaut werden;**
- **Menschen in Lagern, Haftanstalten und informellen Siedlungen in Sicherheit gebracht werden, sollten diese überfüllt sein oder hygienische Bedingungen nicht erfüllen;**
- **Unterkünfte mit Zugang zu Gesundheitsversorgung, Lebensmitteln und Wasser zur Verfügung gestellt werden;**
- **Menschen in Haft freigelassen werden, wenn ihre Gesundheit und ihr Leben in der Haft nicht geschützt werden können;**
- **das Recht auf Asyl und der Grundsatz der Nichtzurückweisung (Non-Refoulement-Verbot) respektiert und aufrecht erhalten werden.**

GUTE NACHRICHTEN & ERFOLGE

SIERRA LEONE. SCHWANGERE MÄDCHEN DÜRFEN IN DIE SCHULE. Im April gab der sierra-leonische Minister für Grund- und Mittelschulbildung eine Erklärung ab, in der er ankündigte, dass der Regierungsbeschluss von 2010, der schwangeren Mädchen den Schulbesuch und das Ablegen von Prüfungen untersagt, mit sofortiger Wirkung aufgehoben wurde.

© Astrid Chitou/Amnesty International

Er soll durch zwei neue Strategien ersetzt werden, die sich auf die „radikale Eingliederung“ und die „umfassende Sicherheit“ aller Kinder im Bildungssystem konzentrieren. Präsident Julius Maada Bio machte deutlich, dass seine Regierung der „Neuen Richtung“ Entscheidungen sowohl auf der Grundlage von Beweisen als auch auf der Grundlage eines verfassungsgemäßen Verfahrens trifft. Amnesty hatte zuvor dokumentiert, wie das Schulverbot die Rechte von tausenden Mädchen bedroht hat. Es wurde im April 2015 während der Ebola-Krise formell erlassen. Aufgrund von Ebola kam es zu einem starken Anstieg von Teenagerschwangerschaften, und die Regierung sollte Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass dies in der Zeit von COVID-19 nicht geschieht.

USA. COLORADO SCHAFFT TODESSTRAFE AB. Der Gouverneur des US-Bundesstaats Colorado hat ein Gesetz zur Abschaffung der Todesstrafe unterzeichnet. Als Reaktion darauf sagte Kristina Roth, leitende Programmverantwortliche bei Amnesty International USA: „Colorado schafft als 22. US-Bundesstaat die Todesstrafe ab. Mit dieser Entscheidung kommen die USA den anderen Ländern, die die Todesstrafe per Gesetz oder in der Praxis abgeschafft haben, einen Schritt näher – das sind zwei Drittel aller Länder weltweit. Diese Art von Regierungsführung, die sich an den Menschenrechten orientiert, braucht dieses Land mehr denn je.“ „Wir begrüßen es sehr, dass der Gouverneur die Todesurteile der Häftlinge im Todestrakt in Haftstrafen umgewandelt hat. Die Todesstrafe kann nicht rückgängig gemacht werden, sie ist ineffektiv, und sie hat im Hinblick auf die Verübung einer Straftat keine abschreckende Wirkung“ sagte Kristina Roth weiter.

NICARAGUA. FREILASSUNGEN, ABER VIELE NOCH IN HAFT. 16 Aktivist*innen, die festgenommen worden waren, als sie einer Gruppe von Hungerstreikenden Wasser brachten, sind zwar am 30. Dezember 2019 freigelassen worden, doch die Anklagen gegen sie bestehen weiter. Die Gerichtsverhandlung gegen die sogenannten „Aguadores“ (Wasserträger*innen) sollte am 30. Januar 2020 stattfinden, wurde jedoch bis auf Weiteres verschoben. Nach wie vor befinden sich mindestens 61 Personen in Haft, die wegen ihrer Teilnahme an den Protesten im April 2018 festgenommen worden waren.

RUSSLAND: KÜNSTLERIN AUS HAUSARREST ENTLASSEN. Die Künstlerin und LGBTIQ-Aktivistin Yulia Tsvetkova wurde am 16. März aus dem Hausarrest entlassen. Sie unterliegt jedoch weiterhin einer Reisebeschränkung. Die strafrechtlichen und verwaltungsrechtlichen Verfahren, die gegen sie eingeleitet wurden, weil sie sich für Frauen- und LGBTIQ-Rechte einsetzt, sind bislang nicht eingestellt worden. Yulia Tsvetkova aus Komsomolsk-on-Amur ist seit März 2019 Zielscheibe von offen homophoben Aktivitäten der Behörden wegen ihres Einsatzes für LGBTIQ-Rechte. Amnesty begrüßt die Aufhebung des Hausarrests, verlangt aber, alle strafrechtlichen Verfahren gegen sie einzustellen.

© privat

IMPRESSUM. Medieninhaberin, Verlegerin, Herausgeberin: Eigenverlag Amnesty International Österreich, Netzwerk Frauenrechte, 1160 Wien, Lerchenfelder Gürtel 43. Redaktion & Gestaltung: Amnesty-Netzwerk Frauenrechte / Theresia Kandler
Vereinsregister ZVR: 407408993
Gekennzeichnete Beiträge müssen nicht die Meinung von Amnesty International wiedergeben.
Fotos und Beiträge, wenn nicht gekennzeichnet: Amnesty International
Amnesty Info – Netzwerk Frauenrechte, Nr. 2, Juni 2020

Österreichische Post AG
MZ 02Z 031 256M
Amnesty International Österreich
Lerchenfelder Gürtel 43
1160 Wien
VORTEILSTARIF